

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, Kunst  
der Braunschweiger Zeitung einschließlich Bringerfolg monatlich 20 Pf.  
die Post bezogen vierzehntägl. Nr. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und  
auslandsgem. St. 5.—. Erhältlich Mgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Joachimstraße 21, II. Telefon 3425.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
**Spedition:** Joachimstraße 21. Telefon 1768.  
Geschäftsstatt von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Ersparnisse der Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232.

Dresden, Dienstag den 6. Oktober 1908.

19. Jahrg.

## Die Balkankriele.

In den Abnetten Europas herrscht große Aufregung, weil dem Balkan eine Herrschaft ausgerufen wurde, die niemand kennt, und eine Freiheit, die längst besteht. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ändert nichts an dem bisherigen Tatsachenverhältnis, daß die Besitztum des Donauherkunftsraums über der Türkei nur auf dem Papier bestehen läßt. Auch den Glanz der Monarchie ist es von geringem Belang, daß Roburz Ferdinand König wurde, nachdem er bloß eine Fahne gestohlen hatte, während sich sein serbischer Nachbar, er nun gleichgestellt und ebenbürtig ist, nur durch kleinen Doppelmachismus seine Krone verblieben konnte. Der als Eröffnungskonferenz von Sofia ist aber wohl die Zeit zu nehmen, daß Österreich-Ungarn — den glorreichen in Bulgarien folgend — auch etwas „proklamieren“ will. Ob die „Annexion“ der bisher bloß „okkupierten“ Gebiete Bosnien und der Herzegowina. Auch diese Proklamation weiter nichts besagen als daß alles bleibt wie es war. Aber Bedeutung liegt darin, daß sie ebenso wie die griechische Unabhängigkeitserklärung ein glatter Bruch des inneren Vertrags ist, und daß sie zweitens die junge Türkei in die Wege der Reorganisation stört und die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen und reaktionärer Rückschläge mit sich bringt.

Allerdings muß die Vernunft den jüngsten Machthabern der sitzen, daß ein Krieg, sei es auch nur einer gegen Bulgarien, vollständig aussichtsloses Beginnen wäre. Denn Bulgarien der angenehmen Lage, nicht zu behalten, ob es zieht oder zieht nicht. Daß die Türkei nach dem Widerstand der europäischen Mächte begießen. Ein Sieg Bulgariens bedeutet aber für die Welt den Verlust Mazedoniens und damit die an Verbindung grenzende Verstärkung ihres europäischen Verbündeten. Türkei handelt zweifellos viel rischiger, wenn sie in raschelnden Westen durch innere Reformen zu festigen sucht, wenn sie um leere Rechte proklamiert, die das einzige sind, was von ihrem eisernen Westen an Bosnien und Bulgarien geboten waren. Über nicht immer werden Völker und Regierungen in kritischen Stunden von ruhigen Erwägungen geleitet. Der offene Rechtsbruch der Bulgaren, die nationale Demütigung, mit diesem Rechtsbruch verbunden ist, können in Konstantinopel summen der Besinnlichkeit werden — Furore teutonicus würde man in Deutschland nennen —, die den Rat der Vernunft überdrücken, so nationalliberale Jungkonserventen steht jetzt an dem verhängnisvollen Scheideweg, an dem der Nationalismus mit dem Überklassen in Streit gerät. Der Überklassus will nicht für seine organisierte Arbeit, er kann auch die nationale Unabhängigkeit Bulgariens nicht verteidigen, der Nationalismus dagegen fordert Erneuerung und Wiederherstellung des nationalen Prestiges. Sein Ziel ist Krieg und ein frühes Grab für die junge türkische Freiheit.

Die Haltung Österreich-Ungarns, das mit dem Balkanstaat Bulgarien im Einvernehmen steht, droht auch die Begleitungen der europäischen Mächte zu einem zu trüben. Bestätigt es sich, daß Österreich die von Bulgarien begonnene Proklamation politisch die seelische und formelle Annexion der okkupierten Länder ziehen will, so begeht es eine Handlung, die eines Großstaates würdig und geeignet ist, auch den Bundesgenossen Österreichs Verlegenheit zu bereiten.

Glücklicherweise hört man neuerdings nichts von ausschlaggebenden Briefen, Telegrammen, Reden, Reisen, Gescheulen und Ordenüberreichungen. Bleibt sind die marodenischen Vorgänge, die blamable Sanktionierung der deutschen Politik in Casablanca mit Guibaré daran, daß an Stelle des sonst gewohnten starken Gedankens in Berlin und Umgegend eine Ruhe herrscht, die hoffentlich keine Ruhe vor dem Sturm ist.

## Die Proklamation.

Sofia, 5. Oktober. Der Fürst und das Ministerium sind heute nachts in Aufbruch zusammengetreten und nach Tarnovo weitergereist. Sie beschlossen, sofort die Proklamation der Unabhängigkeit Bulgariens als Königreich mit Königlich Ottomaniens zu erlösen. Das Ministerium wird hier heut nachmittag erwartet. Allgemeine Mobilisationen sind angeordnet. Es besteht große Erregung. Die Proklamation erfolgte auf dem Hügel, der seit dem Palast des bulgarischen Königs aus. Der Platz hatte die bulgarische Regierung heute noch mitgeteilt, daß die Unabhängigkeitserklärung bevorsteht.

Sofia, 5. Oktober. Während der Nacht sind in Tarnovo alle Vorbereitungen zur Ausführung der Stadt getroffen worden. Hier wird die Nachricht von der Unabhängigkeitserklärung durch Zeitungen verbreitet, die zeitigen Abzug finden. Die Stimmung ist fröhlich, doch ruhig. Kriegerische Verschwörungen sind kaum zu befürchten.

Für Ferdinand ist gestern abend von Sultanz in einem Sonderzug nach Giurgewo gefahren und von dort an Bord der Yacht Amur nach Rischka weitergereist. In der genannten Fließgasse wurde unter dem Vorzeichen des Fürsten ein Ministranten abgehalten, der länger als drei Stunden dauerte. Ohne weitere Präludien wurde die Frage der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens aufgeworfen, weil die Pforte der bulgarischen Regierung eine leise Frist von nur drei Tagen gestellt hat, innerhalb deren die Eisenbahnen der Orientbahn-Gesellschaft wieder zurückgegeben werden müssen.

Sofia, 5. Oktober. Die Nachricht von der Proklamation Bulgariens zum Königreich wurde sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz mit Begeisterung aufgenommen. Überall herrschte laborende Gemübung. Alle Verwaltungsbürokraten trafen Maßnahmen, um das Ereignis feierlich zu bezeichnen. Morgen werden im ganzen Lande Poststellen abgeschlossen. Auf dem Truppenübungsplatz bei Sofia wird morgen Parade der gesamten Armee stattfinden. Ebenso werden auch in der Provinz Truppenparaden abgehalten werden.

## Bulgarien und die Türkei.

Konstantinopel, 5. Oktober. Die Jungtürken meinen vor der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ihr unangemessenes Verhältnis zu sein, da sie befürchten, daß die Ultimata ihnen die Schuld beimessen, durch die Regierungserklärung die Unabhängigkeitserklärung verhindert zu haben, und dies ihre Stellung und ihr Ansehen schädigen könnte. Manche türkische Kreise neigen zu der Ansicht, daß die Unabhängigkeitserklärung für die Türkei kein großer Verlust sei. Das gegenwärtige Verhältnis werde hierdurch gefährdet. Der erste Einbruch von der Reaktion über die Unabhängigkeitserklärung auf die Anhänger des Großfürsten von der, daß deren Stellung erschüttert sei und daß man ihm die Schuld beimessen werde, durch Proklamierung die Unabhängigkeitserklärung gezeigt zu haben.

Konstantinopel, 5. Oktober. Seit gestern herrscht hier infolge der Nachrichten über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sowie infolge von Kriegsgerüchten eine drastische Stimmlung; an der Börse ist dadurch ein starkes Weichen der Kurse beobachtet worden.

Konstantinopel, 5. Oktober. Die Pforte hat bereits gestern abend von dem Vernehmen der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung Kenntnis erhalten. Der Großvater arbeitete die ganze Nacht. Der Minister des Neuen behielt am Mittwochabend die Botschaft Deutschlands, Englands, Frankreichs und Russlands, um von ihnen Rat zu erbitten. Gegen 3 Uhr nachmittags erhielt die Pforte die Depesche über die Unabhängigkeitserklärung. Die Botschaften Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens erschienen persönlich bei der Pforte. Der Minister des Neuen teilte einige Diplomaten mit, daß die Türkei ein Spruch erheben werde.

Der Vorsitz der türkischen Botschaft beschloß, daß bulgarische Vorfälle streng zu verurteilen, auf die öffentliche Meinung jedoch beruhigend einzutreten und das Ministerium nicht anzugreifen.

## Rästungen.

Konstantinopel, 5. Oktober. Es heißt heute mittag in der authentischen Kriegsrat einberufen worden.

Konstantinopel, 5. Oktober. Im Laufe des heutigen Tages, wahrscheinlich morgen, würde die Entscheidung fallen, ob die Türkei den Krieg erklären wird oder nicht. Trotz aller Friedensabsicht der Türkei deuten doch gewisse Anzeichen darauf, daß man an nahenden Stellen zum Kriege raten wird, um am Westfront den Frieden zu tragen, da bei einer Durchdringung der Türkei die Reaktion Westens zulässig wird. Das Erstehen zweier russischer Fliegengesellschaften in diesem Augenblick vor Varna wird hier mit grohem Misstrauen betrachtet.

Konstantinopel, 5. Oktober. Von der Türkei werden die Rüstungen gegen Bulgarien fortgesetzt. Von der griechischen Grenze wurden zwei Divisionen zurückgezogen und gegen die bulgarische Grenze dirigiert.

Konstantinopel, 5. Oktober. Die alarmierende Meldung eines Wiener Blattes, daß am 1. Oktober 19 Batterien und 24 Waggons Munition nach Edirne und Salonic abgegangen seien, ist unrichtig. Nicht sind nur 22 Waggons mit 2 Batterien Schnellfeuer-Geschützen nach Konstantinopel abgegangen. Weitere Geschütze und Munitionsendungen werden von morgen an jeden Tag abgehen. Es handelt sich um die Vorbereitung der Neuverteidigung der beiden Korpsbereiche mit Schnellfeuergeschützen.

London, 5. Oktober. Wie aus Sofia berichtet wird, ist die bulgarische Regierung entschlossen, gegen die Türkei keine offizielle Kriegserklärung zu erneuern. Bulgarien ist überzeugt, daß die Mächte die vorselige Taktik anerkennen werden. Von bulgarischer Seite wird darauf hingewiesen, daß Fürst Ferdinand seine andre Wahl hätte, als dem Willen des Volkes und auch der Regierung zu folgen, da er sonst seine Absehung zu befürchten gehabt hätte.

Sofia, 5. Oktober. (R.A.) Kriegerische Verwicklungen sind kaum zu befürchten. Auch von türkischer Seite scheint keine Geste zu beobachten. Gerade jetzt wollen hier zwei herausragende Jungtürken, der Bürgermeister von Salonic und der Redakteur des Sabbath; sie erklären übereinstimmend, daß die Jungtürken gegen den Krieg mit Bulgarien seien.

Paris, 5. Oktober. Der Korrespondent des Matin in Sofia meldet, daß bereits 130 000 Mann bulgarischer Truppen unter Waffen stehen. Im Kriegsfall würde sich das Kontingent bis auf 350 000 Mann erhöhen, dazu kämen Reserven in Höhe von 110 000 Mann.

Konstantinopel, 5. Oktober. Soeben wird hier die vorläufige umfassendste Nachricht verbreitet, daß zwischen Russland und Polen der Friede zwischen dem Kaiserreich und dem Königreich Polen an der östlichen Grenze und Tarnomo-Salonic am 1. November einen blutigen Balkanenkampf zwischen türkischen und bulgarischen Truppen stattgefunden habe.

## Der Orientbahn-Konflikt.

Sofia, 5. Oktober. Es bestätigt sich, daß die Pforte am liegen Sonnabend den bulgarischen Regierung die Aufforderung zugestellt hat, die Orientbahnen in einer Frist von drei Tagen freizugeben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieses Ultimatum von entscheidender Wirkung auf die letzten Beschlüsse der bulgarischen Regierung war. Heute überreichte Santa, der bisherige Betreiber der Orientbahnen, einen neuen schriftlichen Protest der Gesellschaft mit der Forderung der Freigabe der bezeichneten Straßen binnen zwei Tagen. Santa macht die Gesellschaft den Staat haftbar für täglich 15.000 Franc Schadenersatz.

London, 5. Oktober. Die englische Regierung hat der türkischen und der bulgarischen Regierung Verhandlungen zur Beilegung der Orientbahn betreffenden Streitfragen gemacht. Die Türkei habe sich bereit erklärt, einer Übergabeung des mit der Orientbahn geplante abgeschlossenen Vertrages auf die bulgarische Regierung zuzustimmen, vorausgesetzt, daß die Pforte vorläufig der Gesellschaft gewahrt werden würde und die Rechte der türkischen Regierung gewahrt würden. Die englische Regierung habe die Signaturmärsche des Berliner Vertrages erfuhr, der die Regierung in Sofia die Vollung der Streitfragen empfiehlt, um den normalen Stand der Dinge wiederherzustellen. Dem Unternehmen nach sind die Großmächte übereingekommen, dementsprechend vorzugehen.

## Die Haltung der Mächte.

London, 5. Oktober. Die Times erläutert, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion von Bosnien und Herzegowina durch Österreich erzeugten in England großes Bedauern und lebhafte Entzerrung. Die materielle Bedeutung dieser Vorgänge sei allerdings klar. Aber sie seien ein Akt der Unfreiheit von der Seite Bulgariens und Österreichs. Hoffentlich werde die Türkei solches Blut bereuen, aber es sei klar, daß die Freiheit der Jungtürken darunter leide. Die Wahl des Tugend und des Antagonisten seien gleich unerheblich. Der türkische Morning Post verurteilte gleichfalls Bulgariens Haltung. Der türkische Daily Express fragt den bulgarischen Minister an, daß er den europäischen Frieden före. Er prophezeite die Teilung der europäischen Mächte in zwei feindliche Lager. Der Daily Telegraph, dessen Wiener Korrespondent an eine friedliche Lösung der Krise glaubt, hält es für ausgeschlossen, daß Österreich Bulgarien seine Unterstützung leiste. Es heißt, die Türkei werde Bulgarien wegen seines Benehmens nachdrücklich bestrafen. Der Standard bezeichnet eine Erklärung der Unabhängigkeit der Bulgaren als vorzeitige Genehmigung der Mächte für unmöglich.

London, 5. Oktober. Das neutrale Bureau erläutert, die britische Regierung könne seiner Macht das Recht zugeschen einen internationalen Vertrag zu ändern, ohne die Einigung der anderen beteiligten Mächte. Sie müsse daher jeder Aufhebung des Berliner Vertrages ihre Zustimmung verweigern und es ablehnen, das Geschehene anzuerkennen, bevor die Anordnungen der anderen Mächte, besonders derjenigen die Türkei, bekannt seien. Das neutrale Bureau erläutert ferner, daß Italien sich bereits erklart habe, in der Orientbahnhörde England zu unterstützen. Der italienische und der türkische Botschafter hatten mit dem Sondersekretär Grell lange Unterredungen.

London, 5. Oktober. Die englische Admiralität hat heute erlaubt, daß die gesamte englische Mittelmeerkotte sich in Malta zu versammeln habe, um dort weitere Verbände abzuwarten. Bis Dienstag abend werden in Malta vereinigt sein leicht Untergeschwader, vier Panzerkreuzer, drei Schlachtschiffe mit Ausnahme des Kreuzers Barbarossa, der zurzeit in Thessaloniki ist, und 13 Torpedobootsjäger und Boote.

Paris, 5. Oktober. Der Temps spricht die Ansicht aus, daß die Ereignisse im Orient, besonders die Proklamation der Unabhängigkeit Bulgariens den Kabinetten von Paris, London und Petersburg die Pläne aufzulösen. Europa daran zu erinnern, daß der Berliner Vertrag nicht gerissen, sondern nur restituiert werden sollte. Für die Britische Regierung sei die Einvernehmen aller Mächte notwendig, daß nur durch die Einberufung eines Kongresses erzielt werden könne, auf dem alle Mächte offen die Gründe ihrer Haltung darlegen müßten. Man sei in viel geringerer Weise will nach Algerien gegangen.

Paris, 5. Oktober. Wie eine Note der Agence Havas meldet, empfand der Ministerpräsident Clemenceau heute nachmittag den Minister Pichot und batte sodann mit dem russischen Minister Skowroński eine Unterredung. Aus den Unterredungen zwischen Clemenceau und Pichot ergab sich eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Anschauungen der französischen und der russischen Regierung wegen der Angelegenheiten im Orient.

Berlin, 5. Oktober. Den Morgenblättern zufolge dürfte noch einige Zeit verstreichen, bis die gestern erläuterte Unabhängigkeit Bulgariens von den Signatarmärschen anerkannt wird.

Berlin, 5. Oktober. Der soeben hier eingetroffene österreichische Botschafter überbrachte, wie es heißt, ein handschriftliches des österreichischen Kaisers an Kaiser Wilhelm, daß sich mit der Balkansfrage beschäftigt. Die Überreichung des Schreibens dürfte erst am Mittwoch erfolgen, da der Kaiser augenblicklich in Romantien weist.

## Die böhmische Krise.

Prag, 5. Oktober. Die Proklamation der Annexion Bosniens wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Proklamation wird die Einführung des Kaisers fundieren, die volle Souveränität auf Bosnien und Herzegowina auszubilden und für diese Länder die für die Monarchie geltende Erfolge einzuführen. Mit der Pforte schließen Verhandlungen zur Errichtung eines Nebeneinkommens. Österreich-Ungarn wird sich bereit erklären, im Falle der Verständigung mit der Pforte auf die Befreiung im Sandbach Bosnien zu verzichten.

Prag, 5. Oktober. Es heißt, daß 15 Armeekorps erhebt Befehl, sich zu dem Abmarsch nach Bosnien bereit











## Wirtschaftliche Arbeiterbewegung.

**Das kommt davon!**

Sieben Monate lang führten die Steinarbeiter mit dem ehemaligen Köhler in Meissen einen erbitterten Kampf um die Koalitionsrechte. Herr Köhler wollte das Recht des "Hauses", oder was er darunter versteht, aufrecht erhalten. Er hatte große Kosten im Kopfe und wollte mit allen Organisationen der Steinarbeiter bahnbrechend in Deutschland voranleuchten. Er gründete mit den Arbeitern eine "Freie Organisation der Steinarbeiter Deutschlands". Wenigstens nannte er vom Anfang seinen Arbeitswilligen so. Dass dabei Herr Köhler lediglich um die Macht nicht gekämpft, beweis die "Siegeskunne" des Organschaftlichen Scharfmachers, der Sächsischen Industrie, als einarbeiter den Kampf beendeten. Es heißt da u. a.: "Der Arbeitgeber, der bei dem Streik fortwährend mit schwerwiegenden Verhältnissen zu kämpfen und unter den Ausschreitungen der Streikenden zu leiden hatte, setzte die Siegreiche Durchführung des Kampfes den Gewerkschaften Energie entzogen und ist ein Muster für die Arbeit, die ihre Autorität unverleiht aufrecht erhalten wollen. Letztendlich hat die Unterstüzung der Streikschiedsgerichtshof des Verbandes Sächsischer Industriellen, die auch in Halle den dem Streik unterstützenden Gewerkschaften gezeigt hat, dass ihre Macht die Stärke ist. Erfahrung wird für die Gewerkschaften eine weitere Verbesserung sein, häufig vor Unterstüzung jedes Streiks noch länger zu prüfen, ob der zu bestreitende Betrieb isoliert in allein steht oder ob er sich in der schützenden Gemeinde der organisierten Arbeitgeber befindet."

Es geht also daraus hervor, dass Herr Köhler die Unterstüzung der sächsischen Industriellen hatte, die sich ja neuerdings bei allen wirtschaftlichen Kämpfen ins Mittel legen, um organisierte Arbeitnehmer niederrzurütteln. In diesem Hause ist die Scharfmacher-Organisation des Herrn Strelmanns Herrn im Hause ebenso wenig retten können wie seine Arbeitswilligen-Gesellschaft. Wie die Weißner Volksstimme zu melden weiß, ist gegen Herrn Köhler die Zwangslösung eingeleitet. Es ist also nicht mehr, trotz des ersten "Sieges" über seine ehemaligen Arbeiter, "Herr im Hause", sondern der Zwangsvorwärts. Mögen sich die Herren Zuhörer, falls sie ähnliche "Gatten-Gefüste" haben, das zartende Beispiel nehmen.

### Aus der Umgebung.

#### Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte.

Eine Koalition sämtlicher Fabrikstellen des Steinarbeiter-Verbandes von Dresden ausbauswärts über die ganze Sächsische Schweiz, das ganze Sandsteinbruchgebiet umfasst, soll nunmehr erfolgen. Das Bestreben der Vergesellschaftung resultiert einmal aus der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und dann aus dem Verhalten der Unternehmer. Die Unternehmer haben eine größere Koalition durchgeführt. Die Produktionsverhältnisse in der Industrie haben sich so verändert, dass die Fertigfabrikate am Ort der Steingewinnung, im Bruch, hergestellt werden. Es ist dies nichts anderes als eine Form der Produktion, die dazu dienen soll, den Unternehmern größere Gewinne zu erzielen. Aus diesem Grunde ist auch die Teilnahme der Arbeitnehmer nur zu begrüßen. Nachdem die Fabrikstellen Neundorf und Posta mit Pirna verbunden sind, befreite sich auch die Fabrikstelle Dresden mit der des Zusammen schlusses. Pirna ist dann als Zentrum der neuen Organisationsform gedacht. Aus den anderen Steinarbeiterorten wird uns hierüber folgendes mitgeteilt: In einer quatscheligen Versammlung wurde Beschluss über die Zusammensetzung der Fabrikstellen Dresden, Pirna, Posta. Hierzu referierte Seidel, hervorhebend, dass es höchstlich im Interesse der Dresdner Steinarbeiter liege, eine Verschmelzung herbeizuführen, um im oberen Elbtal Einfluss zu gewinnen. Die Unternehmer lieferten uns zu den besten Beweis; so haben dieselben z. B. im Vorjahr in weichen Brüchen eine Konvention gegründet. Man hat Sache erst keine Beachtung geschenkt, jetzt stellt sich jedoch heraus, dass die Arbeiten, welche sonst in Dresden fertiggestellt werden, in den Brüchen gemacht werden. Wenn nun unsere Sache hier dieselbe Entlohnung erhalten, wie in Dresden, liegen die Verhältnisse in den harten Brüchen ganz anders, da müssen die Kollegen 38 Proz. billiger arbeiten, als der Dresdner Tarif besagt, die Kollegen haben die Ausgabe Fahrgeld, Logis usw. noch extra. Es haben nun auch in die Unternehmer eine Aktionärschaft gegründet und suchen auf Grund der niedrigen Löhne so viel wie möglich daran zu reichen, während die Dresdner Unternehmer, seit sie nicht Besitzer von Brüchen sind, vollständig ausgenutzt werden. In der Debatte wurde betont, dass man in Dresden viel eher eingreifen müsse und den Ortsvereinungen Dresden und Pirna wurde zum Vorwurf gemacht, nachlässig gehandelt zu haben. Dieser Vorwurf wurde zurückgewiesen, indem man schon früher verucht hat, unser Tarif Posta einzuführen, was jedoch an verschiedenen Umständen scheiterte. Kollege Ernst Pirna vertheidigte ebenfalls die Vergesellschaftung Pirna und trat warm für die Verschmelzung ein. Nachdem Pirna und Wider wurde folgende Resolution angenommen: "Die am 28. September tagende gutbesuchte Versammlung der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend nimmt Antritt von den Verhandlungen der Verwaltungen Dresden, Pirna und Posta betrifft Verschmelzung der Fabrikstellen und lädt sich mit der Zusammensetzung einverstanden. Der örtlichen Unterstützungsseinrichtungen, sowie der verbleibenden Vertragseinrichtungen wegen hält es die Versammlung doch für ratsam, von der Verschmelzung der Kostenverhältnisse fortlaufend abzusehen und beauftragt die Verwaltungen, dritte einzuleiten, um auch in Zukunft die Kostenverhältnisse verschmelzen."

#### Was lesen die Weißner Täpfer?

An einer vom Gewerkschaftsamt in Meissen aufgenommenen statistischen Versammlung stellten sich von 424 organisierten Löhnen 344, davon 233 der Parteitreue waren davon 300 Mitglieder der politischen Organisation 233. Nur politisch organisiert und Nichtmitglieder der Partei waren 7 Mitglieder, während die übrigen 37 über der politischen Organisation angehörten, noch die Partei treu konnten halten.

Soziale Statistiken sind wohl das zweitwichtigste und erfolgreichste, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch zur Entwicklung ihrer politischen Pflichten heranzubringen.

### Ausland.

#### Eine Maßregelung gegen den Holzarbeiterverband.

Über einem vom Arbeitgeberbeirat der Holzindustrie

Hamburg gegen den Holzarbeiterverband, die Verwaltungsstelle Hamburg gegen den damaligen Vorsitzenden Neumann, eingeleitete Entschädigungsmaßregelung, begleitet aus der Petition der Arbeiter an den Maiheimer 1908, wurde vor zwei Jahren berichtet. Jetzt ist dieser Fall in Vergessenheit geraten. Es geht glücklich vor bis zweitens, dass Hanseatische Überlaudegerichts, gebraucht. Im Jahre 1905 kam zwischen beiden Parteien ein Tarifvertrag zusammen mit einer Gültigkeitsdauer bis 1. April 1908. Der Vertrag sah eine Schlichtungskommission für Streitfälle vor, verbot die Arbeitsteilung vor Entscheidung dieser Kommission und bestimmte ferner, dass während der Dauer des Vertrages von seiner Seite Rücksichten irgendwelcher Art erhoben werden dürfen. Als den Unternehmern bekannt wurde, dass die Arbeiter durch Auflösungen der Arbeit den 1. Mai 1908 feiern wollten, drohten sie mit einer dreitägigen Auspferzung und diese Drohung wurde namentlich von den höheren Betrieben in die Tat umgesetzt. Um den Lohnaufschluss zu deuten, verlangten die Arbeiter von dreizehn großen Betrieben eine Gehaltserhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Als Reaktion der dreizehn Betriebe reichte der "Tägzeuge" gegen die Gewerkschaft ein. Er behauptete, sowohl der Gesamtverband wie die weiteren Gewerkschaften hätten den Vertrag verteidigt und seien für den entstandenen Verlust verantwortlich, und zwar aus den §§ 223 und 226 des BGB. Die Zivilkammer VIII des Landgerichts Hamburg wies die Klage gegen die Verwaltungsstelle Hamburg ab, weil diese als Organ des Holzarbeiterverbands nicht parteiisch sei, dagegen wurde der Auftrag gegen die beiden anderen Betriebe des Kreises für die Unternehmertreue erklärt. Aus dem Urteil, dass der Vertrag die Unternehmertreue ist: "Für den Deutschen Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg-Altona: Adam Reinmann, Vorsteher", wie aus der Einleitung: "Gegen den Vertreter der nachstehend benannten Organisationen wurde unter dem heutigen Datum folgender Vertrag vereinbart", folgt das Gericht, dass damit nicht die Verwaltungsstelle, sondern der Holzarbeiterverband gemeint sei. Bei der Bedeutung eines solchen Vertrages habe die Zentralverwaltung genau Bescheid gewusst. Nicht die Teilnahme an der Maiheimer, sondern die Forderung eines höheren Gehalts während der Vertragszeit bilde den Kontraktgrund. Die Belegschaft legte gegen dies einstellige Urteil Berufung ein. Sie erbrachten den Nachweis, dass neben der Gesamtverband noch Neumann über den Tarifvertrag gehandelt hätten, wie die Arbeitgeber auch nur mit der nicht rechtfähigen Verwaltungsstelle kontaktiert hätten. Die vom Oberlandesgericht als Rechtsverwerfung erkannten Anträge wurden abgewiesen. Das Urteil steht noch aus, es sollte am Donnerstag verhandelt werden, doch wurde die Publikation wegen Erkrankung des Vorsitzenden auf drei Wochen verzögert.

### Ortskantonsenwahl.

Bei der Delegiertenwahl zur Ortskantonsstelle Mühlhausen Städte gingen die Kandidaten der freien Gewerkschaften mit 2104 bis 2117 Stimmen glatt über die Kandidaten der benannten Vereinigungen Organisationen (christliches Gewerkschaftsbund, nationalsozialistische Handlungsbündnisorganisation usw.), auf welche 1183 bis 1194 Stimmen entfielen. Die verbündeten christlichen und nationalsozialistischen Gegner hatten mit Unterstützung der Arbeitgeberverbände unschönes Anstrengungen gemacht, welche nur folgten kamen, dass die Wahlberechtigung von rund 2000 im Jahre 1904 jetzt auf über 3300 stieg. Damals betrug die Mehrheit der freien Gewerkschaften 750 Stimmen, jetzt beträgt sie 920.

### Eine Berichtigung.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Effenstuh, den 3. Oktober 1908.

Es ist unwohl, dass ich vom Amtsgericht vorbede wegen Beleidigung des Genossen Polozny vom Bergarbeiterverband zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden bin. Mir ist nicht einmal eine Anklage wegen Beleidigung des Genossen Polozny zugegangen.

### Geschäftsführung.

Heinrich Imbusch,  
Redakteur des "Bergknappen".

### Eine Massenlage

wie sie Gewerkschaften wohl seitens zu erledigen haben, schwächt am finanzierten Gewerkschaften. Neben 100 Arbeiter und Arbeitern der Schuhfabrik Breunig u. Collie gab es einer "Laune" des Betriebschefs entsprechend, Knall und Fall entlassen worden und fordern jetzt rund 4000 M. für länderlose Entlastung, eine Summe, die ihnen nach Lage der Sache voraussichtlich auch genehmigt werden muss.

### Friede im Leipziger Baumgewerbe.

Nachdem die eingegangenen Tarifverträge von den beiderseitigen Organisationen im Baumgewerbe unterzeichnet worden sind, und zwar in der Annahme, dass auch die Vertreter für Leipzig, Jena, Pirna, Posta, Lösungen und Enden einstehen würden, sind auch die Leipziger Baumwolle und Hammer den ganzen durch Aufhebung des Preises gegen sie betreffenden Schiedsgerüche beigegetreten.

### Neuer Chemigraphen- und Aufsiederdrucktarif.

Der Tarifauskasten der Chemigraphen und Aufsiederdrucker Deutschlands hat zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Tarifgemeinschaft auf Grund eines neuen Lohn- und Tarifvertrages vereinbart, der am 1. Januar 1909 in Kraft tritt und bis 31. Dezember 1913 Gültigkeit hat. Dieser sieht eine achtstündige Arbeitstage sowie Mindestlöhne von 21, 24 und 27 M. pro Woche vor für Gehilfen im ersten, zweiten und dritten Jahr nach beendetem Lehrgang. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 20 bezahlbar 45 Pf. gezahlt.

### Ausland.

Zur Niederspannung der Tegillarbeiter in Lancashire wird dem Vorwärts gemeldet, dass der Kampf wahrscheinlich ein langwieriger sein werde. Er kann Monate dauern. Von dem Anfang der Arbeitseinstellungen zeugt auch die Abnahme des Bahnhofs und des Kohlenverbrauchs. Die drei Baumgesellschaften, die am Transport der Lancashires Tegillarbeiter interessiert sind, hatten in der letzten Woche einen Einnahmeausfall von 500 000 M. Der Kohlenverbrauch in Lancashire ist in der gleichen Zeit um 700 000 Tonnen gefallen. Etwa 44 Millionen Spindeln sind stillgelegt.

## Parteiangelegenheiten.

### Unsere Toten.

Unsere Veteranen sind auf unserer Reihen gesiedet. Karl Röhrle starb der Genosse August Germann im Alter von 65 Jahren. Am Donnerstag hätte er den 67. Geburtstag feiern können und im nächsten Wochen eine zwanzigjährige Zugbegleitung zu der Gemeinschaft der Schmiede. Germann hat sowohl in seiner Gewerkschaft wie in der Partei mehrfach Ehrenstellen bekleidet und allezeit, solange er ihm noch erlaubte, eifrig für die Arbeiterbewegung gewirkt.

In Wien ist am Montag Genosse Johann Wachsmuth nach länger als zweijährigem Leben im Alter von 66 Jahren gestorben. Mit ihm sind einer der Pioniere der österreichischen Arbeiterbewegung ins Grab. Er hat, wie die Wiener Arbeiter, schreibt, für den Beginn der Arbeiterbewegung in Österreich mitgestanden und mitgesiegt.

Die Parteihäuser hat den dritten Kursus, der vom 1. Oktober 1908 bis zum 31. März 1909 dauert, eröffnet. Der Lehrkörper der Schule und die Unterrichtsfächer sind in der Hauptstadt die gleichen wie im vorigen Kursus. Den nationalökonomischen Lehrkurst behandelt Genosse Gustav Lengenwitz in 280 Stunden; die Geschichte der geschäftlichen Entwicklung

hat wiederum Genosse Heinrich Cunow (mit 112 Stunden) übernommen; über die deutsche Geschichte seit dem Mittelalter trug Genosse Franz Wehling in 96 Stunden vor; in den juristischen Lehrstoffe teilten sich die Genossen Arthur Stadthagen (Arbeitsrecht sowie Rechtsprechung, Betriebsordnung und Verfassung mit 84 Stunden), Hugo Heinemann (Strafrecht, Strafprozeß, Strafvolgung mit 40 Stunden) und Kurt Nosenfeld (bürgerliches Recht mit 40 Stunden), über Naturerkennnis trug in 40 Stunden Genosse Emanuel Baur vor, der auch das wesentliche aus der Kommunalpolitik (10 Stunden) behandelt wurde; in den praktischen Lehrstoffen des männlichen und weiblichen Gedankenaustritts und der Zeitungstechnik unterrichtet in 144 Stunden Genosse Heinrich Schulz. Die Schülerschaft ist bei diesem Kursus auf 26 bewilligt worden, von den Schülern sind zwei von den Gewerkschaften (Bergarbeiter und Bauern) auf die Parteischiene entsandt worden.

### Personen.

In die Rebktion der Leipziger Volkszeitung ist am 1. Oktober Genosse Schatz aus Bamberg eingetreten.

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages in Nürnberg.

Am Sozialdemokratischen Wahlverein zu Jen a hielt sich der Referent, Genosse Leber, durchaus auf den Standpunkt des Vorstandes.

In der Diskussion sprachen zehn Redner, die sich mit Ausnahme von zwei Genossen, die es lieber geschenkt hätten, wenn die Resolution Abstimmung angenommen worden wäre, durchaus mit dem Referenten einverstanden erklärt.

Der Artikel, den das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands über den Parteitag geschildert hat, wurde sofort verurteilt und gelöst, das dies nicht die Meinung der Gewerkschaften sei. Es gibt Gewerkschaftsgenossen zu Tausenden, die ziemlich mehr für die Gewerkschaftsbewegung getan haben wie Umbreit und Geisenhof und mit den großen Meilen der Parteilegen sich auch in diesem Hause solidarisch erklärt. Gegen eine Stimme wurde eine entschiedene Resolution angenommen, in der es zum Schluss heißt: "Ausschließlich muß es die Versammlung verurteilen, daß auf dem Parteitag die anwesenden Gewerkschaftsführer gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt haben. Sie haben dadurch bewiesen, daß sie die einheitliche Parteiorganisation mit durchsetzen helfen und einer süddeutschen Sonderorganisation in der Partei Vorhaben wollen. Dieses Verhalten der Gewerkschaftsführer — die verlangen, dass die Partei jeden Genossen auszuschließen hat, der nicht auf dem Boden der Parteiverbindlichkeit steht, aber anderseits die in der Partei bisher übliche Disziplin beseitigen wollen — muß auch in den Gewerkschaften selbst auf das entschieden bekämpft werden."

Austimmungs-Beschlüsse zur Erklärung der 66 saßen Versammlungen zu Baiersdorf bei Erlangen, Bamberg-Sulzbach und Schweinfurt.

In einer Parteisammlung zu Bamberg wurde in lebhafter Diskussion debattiert, doch die Debatten über die Budgetfrage füllten in einer Weise ausgedehnt waren, dass die Partei dadurch Schaden leiden müsse, und das der bairische Parteivorstand durch seine Erklärung den Streit neu angefacht habe. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution angenommen, wonach dem bairischen Parteivorstand ein Tabel ausgesprochen wird, weil er, obwohl die Budgetfrage auf dem Nürnberger Parteitag als erledigt als verdeckt war, entgegen dem Parteitagsbeschluss sich auf den Standpunkt der 66 gestellt habe. Er wäre verpflichtet gewesen, die Beschlüsse der obersten Instanz zu wählen. Sein Verhalten sei aber nur dazu angekommen, die Einigkeit der Parteipartei zu fördern.

Am Reichstag wurde eine Resolution angenommen, die es als unabdingbare Vorleistung jedes Genossen betrachtet, auch fernab für die Geschlossenheit und Einheit der Partei zu wirken. Von der sozialdemokratischen Fraktion im bairischen Landtag erwartet sie vornehmlich, dass sie im Sinne der großen Mehrheit der deutschen Parteigenossenschaft die Beschlüsse in der Budgetfrage prüft und alles daran setzt, die geschlossene Einheit zu erhalten, indem sie noch besten Kräften in Nürnberg gesuchten Beschlüssen nachkomme.

Der Parteiverein für Sachsen I nahm in zwei Versammlungen zu den Beschlüssen des Parteitages Stellung. Nach Entgegennahme der Berichte von den Delegierten Stolten, Schauburg und Genossen Sieg und Lebohner Ausprache wurde gegen drei Stimmen die von der Genossin Alice eingedrohte Resolution angenommen.

Die Versammlung anerkennt die Beschlüsse des Parteitages. Mit besonderer Begeisterung begrüßt sie die in der Budgetfrage getroffene Entscheidung, wodurch die Einheit und Geschlossenheit der Partei, basierend auf unserer grundlegenden Rücksicht vom Massenstandpunkt, auf neue als wohltätig erkannt wird. Die Versammlung erwarten von dem vorzüglichsten Gewerkschaften, der Gründerlichkeit, dem demokratischen Bewußtsein und dem Verantwortungsbewußtsein unserer süddeutschen Genossen, dass sie sich dem Vorgehen des bairischen Parteivorstandes und einiger süddeutscher Wähler nicht anschließen, sondern in freiemwilliger, aber darum um so sicherer Disziplin zur Gewerkschaft und ihren Beschlüssen stehem.

Am Sozialdemokratischen Verein Bayreuth griff der Genossen Rosenwald die bairische sozialdemokratische Landtagsfraktion wegen der Zustimmung zum Finanzgesetz scharf an. Rauchsteiner Waller trat ihm entgegen. In der sehr lebhafte Debatte stellte sich die Mehrzahl der Redner auf die Seite der Fraktion.

In Erlangen erklärte sich eine Parteisammlung einstimmig für eine Resolution, in der die Budgetbewilligung für eine Frage der Tafel erklart wird, die deshalb in der Kompetenz der einzelnen Landtagsfraktionen und Landesorganisationen liegen. Auf diesen Gründen wird die Erklärung der 66 gebilligt.

Zur Budgetfrage nahmen öffentliche Versammlungen in Bamberg und Apolda Stellung. In beiden Versammlungen trat man einstimmig der bereits in Weimar angenommenen Resolution bei, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt. In beiden Versammlungen wurde gleichfalls dem Bunde Ausdruck gegeben, dass bei einer befürchteten Aenderung des Organisationsstatus eingefügt wird, dass fortgeschreitender Disziplinbruch als Auslöser angenommen werden kann. — Ebenso erklärte sich eine Versammlung in Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen) mit den Parteitagsbeschlüssen einverstanden.

In Hall (Württemberg) wurde gegen neun Stimmen eine Resolution abgelehnt, die die Budgetbewilligung billigt und fordert, dass die Abgeordneten sich noch dem Parteitagsbeschluss richten. Außerdem wurde auch eine Resolution, die den Parteitags wegen seiner Behandlung der Budgetfrage ablehnt, dagegen angenommen eine Resolution, die aus dem Schweigen des Parteitages bei der Erklärung der 66 schließt, dass die Partei gewollt sei, den besonders gelagerten Verhältnissen Süddeutschlands Rechnung zu tragen und den süddeutschen Abgeordneten auch fernabhin die nötige Bewegungsfreiheit zu lassen, um in befreiter Haltung den Landesbürgers zugestimmen.

In Breisach im bei Mainz, der städtischen Landesorganisation des Wahlkreises, waren im Gegenseitig zu Mainz alle Redner verurteilt, die auch die Erklärung des Parteitages einverstanden erklärt. In den Versammlungen wurde gleichfalls dem Bunde Ausdruck gegeben, dass bei einer befürchteten Aenderung des Organisationsstatus eingefügt wird, dass fortgeschreitender Disziplinbruch als Auslöser angenommen werden kann. — Ebenso erklärte sich eine Versammlung in Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen) mit den Parteitagsbeschlüssen einverstanden.

## Neues aus aller Welt.

**Wien, 5. Oktober.** Nach dem Einsturz der Musikfesthalle in Görlitz wurde ihr Erbauer, Baumeister Schirmer aus Charlottenburg, sofort in Haft genommen und in ein langwieriges Strafverfahren verworfen. Nun ist die Voruntersuchung gegen Schirmer abgeschlossen. Sie hat nichts Belastendes gegen Schirmer ergeben. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob es überhaupt zur Eröffnung des Hauptverfahrens und zur Hauptverhandlung gegen Schirmer kommen wird. Vielleicht ist wahrscheinlich die Einstellung des Verfahrens zu erwarten.

**Bremen, 5. Oktober.** Die Arbeiterfamilie Mischel zündete ihren Schein an, nachdem sie ihn mit einem Stock bis zur Verbrennbarkeit geschlagen und mit Petroleum bespritzt hatte. Mischel starb bald darauf. Die Mörderin wurde verhaftet.

**Magdeburg, 5. Oktober.** Der 14jährige Schüler Walter Neumeier fäustigte sich einen Revolver, fuhr nach Gommern und erschoss sich dort. Man vermutet als Grund die Niedergangssituation des Schülers.

**Offenbach, 5. Oktober.** Zwischen Novitz und Langenberg wurde der Fahrgemeinschaftiger Pöhl von einem Automobil überfahren und getötet.

**Darmstadt, 5. Oktober.** Als heute früh gegen 4 Uhr der Polizist Nikola Wagner, ein Mann im Alter von 60 Jahren, nach Hause gehen wollte, wurde er im Mühlhof von zwei jungen Männern, mit denen er vorher einen Streit gehabt hatte, überfallen. Er wehrte sich und stach den Wilhelm Steinhard tot und verlebte den gleichaltrigen Mittelsmann. Wagner wurde festgenommen.

**Worms, 5. Oktober.** Gestern abend erschoss in der Nähe der Stadt der Arbeitnehmer Wilhelm Bauer eine Verwandte, das Dienstmädchen Anna Kratzbauer, mit einer Browningpistole und tötete sich dann selbst.

**München, 5. Oktober.** Auf einer Gehirgshütte im Alpengebirge ist das Fräulein Fries aus München 15 Meter tief abgestürzt und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

**München, 5. Oktober.** Beim Überqueren der Straßenbahn wurde die Privatfrau Frau Schwarz lebensgefährlich verletzt. Bei einem anderen Straßenbahnunfall erlitt ein Monteur schwere Verletzungen.

**München, 5. Oktober.** Auf dem Königsplatz tat sich ein Diebstahl, nachdem es sich offenbar durch Revolverdrüsse schwer verdeckt hatte, in die Fluten geflüchtet. Die Polizei kontrollierte nicht jedoch weiter werden. Der Mann soll ein österreichischer Offizier sein.

**Salzburg, 5. Oktober.** Am Unterberge wurde ein Salzburger vorst durch eine Steinlawine gestoppt.

**Gubatz, 5. Oktober.** Heute morgen wurde auf die berühmte Zugobahn Emilie Marcks ein Revolverattentat verübt. Eine entlassene Unterkleiderin, welche glaubte, dass ihre Entlassung durch die Künstlerin veranlaßt sei, gab heute morgen einen Revolveraufschuß auf die Künstlerin ab. Die Angst drohte durch den Reviermann, ohne die Künstlerin zu treffen. Frau Marcks fiel in Ohnmacht. Die Unterkleiderin glaubte, sie hätte sie getötet. Dann gab sie auf sich selbst zwei Schüsse ab und verlebte sich schwer.

**Liverpool, 5. Oktober.** Der Passagierdampfer City of Dundee wurde vor der Mündung des Mersey von dem Dampfer Mariva in den Grund gehoben. Der Kapitän, der zwölf Offiziere und der Quartiermeister ertranken. Die übrigen am Bord befindlichen Personen wurden gerettet.

**Brasiliens, 5. Oktober.** Der Militär-Lenkballon unter nahm heute vormittag um 11 Uhr einen Auftrieb. Nach einer Höhe von 400 Metern erreichte und bei der sich die Konstruktion des Ballons beschädigte, lehnte er in seine Halle zurück.

**Petersburg, 5. Oktober.** In der dießen Zündkerzenfabrik des Kriegsministeriums explodierte heute nachmittag während der Entladung von Material der Pulvervorrat. 3 Arbeiter wurden tödlich und 7 leicht verletzt. Das Gebäude wurde zum Teil zerstört.

**Petersburg, 5. Oktober.** In den letzten 24 Stunden, bis heute mittag, wurden 16 neue Erkrankungen und 72 Todesfälle an Cholera verzeichnet. Die Zahl der Erkrankten beträgt 1838.

**Warschau, 5. Oktober.** Die Stadt ist offiziell für cholerabedroht erklärt worden, doch kam in 2 Wochen kein Fall vor.

**Ronkowitz, 5. Oktober.** Die durch die Dampferkatastrophe im Hafen von Smyrna ausgelöste Verfolgung von Smyrna hat die Landungsbrücke angezeigt. Da weitere Demonstrationen befürchtet werden, sind 2 Bataillone von den Dardanellen nach Smyrna abgegangen.

**London, 5. Oktober.** Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Wabash hängen die letzten Berichte auf Haiderabad die Zahl der bei den Überschwemmungen Umgekommenen auf ca. 50.000.

## Parteiversammlung im 4. Kreis.

Um Sonnabend fand im Palais eine gutbesuchte Parteiversammlung des 4. Kreises statt, die sich mit der Berichterstattung vom Ritterberger Parteitag beschäftigte. Genosse Egger gab den Vorsitzbericht. Er berichtete in klarer Weise über die Verhandlungen in Ritterberg, präzisierte die Stellungnahme der Delegierten des 4. Kreises zu den einzelnen Fragen und batte am Schlusse seines Berichts die Notwendigkeit der krassen Bevorzugung der geplanten Wahlkämpfe im Interesse der Einheit der Partei.

In der Debatte erklärte der Genosse Viercke den Geschäftsbereich, in dem ja der 4. Kreis als besser mit unbegriffen sei, als die einzigen Sonnenstrahlen des Parteitages. Bezuglich der

Wahlfeier steht er auf dem Standpunkt der Hamburger. Der Parteitag habe auch wieder unterlassen, eine endgültige Regelung vorzunehmen, es sei eben wieder nur Bildwerk. Die Budgetbewilligung sei unbedingt ein Vertrag gegen die Bünderresolution. Das Eintrittsunternehmen für die Vorstandresolution sei konsequent.

**Lieber:** Singer habe zwar den Mahntufl am den Parteitag gerichtet, bei allen Diskussionen über die Verhandlungen Rücksicht und Sachlichkeit zu bewahren, er selbst habe aber nicht die Rücksicht beobachtet, es ist daher sehr zweifelhaft, ob es überhaupt zur Eröffnung der Bünderresolution eine Verständigung zu suchen. Die Resolution Frohme sei eine geeignete Grundlage für eine Verständigung gewesen, wo hingegen die Vorstandresolution weitere Erregung in die Parteiteile getragen habe. Redner geht näher auf die Budgetbewilligung ein und meint, daß, wenn in Preußen einmal ein günstiger Wahlrecht eingeführt sei werde, diese Frage wieder auf die Tagordnung komme. In der Wahlfeierfrage habe der Parteitag durch Ablehnung des Abstimmens den Parteivorstand bestimmt. In der Jugendfrage habe der Parteitag daselbe beabschlossen wie der Gemeinschaftskongress, wie können mit dieser Söldung zufrieden sein. Mit den Lokalisten habe man viel zu lange Gebildet gehabt, schon in Mannheim hätte man den jetzigen Beschluß fassen sollen. Er meint nun, daß die Parteigemeinschaft ohne Vergleich den Beschluss durchführen werden.

**Lauter:** Ich erkläre mich mit den Beschlüssen einverstanden.

Aber in der Budgetfrage hätte die Resolution Frohme angenommen werden müssen. Er ist der Meinung, daß der Parteitag nicht das faulische Joch ertragen, sondern eine Verständigung hätte suchen sollen. Die Budgetfrage sei nicht nur eine prinzipielle, sondern auch eine taktische Frage. Sobald unsere Vertreter einmal würden ausdrücklich geworden sein, würde der Parteitag zweifellos eine andere Stellung einnehmen müssen. Im übrigen wäre es verfehlt und nicht recht gehandelt, wenn einzelne Delegierte persönlichen Debatten wegen der Vorstandresolution gestimmt hätten. Diese Behauptung würde sich nicht gegen unsere Delegierten, sondern sei allgemein gemeint. Auch hätte die ganze Debatte über die Budgetbewilligung gezeigt, daß der Parteivorstand nicht genügend Führung mit den einzelnen Landesteilen habe. Unsere Delegierten hätten richtig gehandelt, wenn sie für die Resolution Frohme und nicht für die Vorstandresolution gestimmt. In seinen weiteren Ausführungen verdeutlicht er sich über die Lokalisten, tritt der Anspruch Liebes bei und verfügt durch Vorlesen einiger Ausführungen der Einigkeit die Notwendigkeit des Ausschlusses der Lokalisten zu beweisen.

**Viercke:** Ich erkläre mich mit den Beschlüssen einverstanden. Aber die Behauptung würde sich nicht gegen unsre Delegierten, sondern sei allgemein gemeint. Auch hätte die ganze Debatte über die Budgetbewilligung gezeigt, daß der Parteivorstand nicht genügend Führung mit den einzelnen Landesteilen habe. Unsre Delegierten hätten richtig gehandelt, wenn sie für die Resolution Frohme und nicht für die Vorstandresolution gestimmt. In seinen weiteren Ausführungen verdeutlicht er sich über die Lokalisten, tritt der Anspruch Liebes bei und verfügt durch Vorlesen einiger Ausführungen der Einigkeit die Notwendigkeit des Ausschlusses der Lokalisten zu beweisen.

**Lauter:** Ich erkläre mich mit den Beschlüssen einverstanden. Der Vorsitzende verlangt es vorerst, daß mein Beitrag in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutert. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläutern den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Frohme:** Im Schluswort weist die Referentin darauf hin, daß es noch leichter sei, die Jugend der Geistlichkeit zu entziehen, wenn die Frauen aufgewältigt sind. Aus diesem Grunde müssen auch die Frauen anlässlich der Auflösung zur Auflösung, zur Förderung unserer Freiheit erhalten werden. Da nun die Dresdner Genossinnen in ihrem Feld zu arbeiten und Hand in Hand mit den Genossen zu reagieren, ist es nicht möglich, daß sie allein gegen unsre Organisation aufzutreten.

**Lauter:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer erläuterten den über ihre Tätigkeit im Gemeinderat zu Volksw. Bernd Schau habe unter anderem hervor, daß sein Antrag vom sozialen Gut in Deutschland stehen, müssen sie angefeuert werden, nachdem es gelungen ist, was sie sein soll: ein Schutzwall gegen die Gewerkschaftsreaktion. Was die Genossen sich verpflichten gegen die Gewerkschaft zu tun, gilt zu tun auch für die Preise.

**Wolfsburg:** In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 26. September bei Beilke, Volkstr. 11, erklärte Genosse Düwell über Ferdinand Lassalle, sein Leben und sein Werk. Der Vortragende verstand es vorerst, einige Themen in einer allgemein verständlichen Weise den zahlreich erschienenen Freunden erläutern. Die Genossen Bernkamp und Schauer er



